

*Überschrieben 1-103/618*



B 90/Die Grünen • Rathaus • 51465 Berg. Gladbach

EINGEGANGEN  
*1-103/618*  
10. Okt. 2001

im Stadtrat von  
Bergisch Gladbach

An die Bürgermeisterin  
Frau Maria Theresia Opladen  
- Rathaus -

51465 Bergisch Gladbach

Telefon + Fax 02202 / 14 22 42  
email: gruenefraktion.gl@gmx.de  
www.gruene.de/bergisch-gladbach

Bürozeiten: di 9-13, do 9-13  
BürgerInnensprechstunde:  
montags 17-18 Uhr

15. 10. 2001 *Ho*

8.10.2001

**Antrag zur Hauptausschusssitzung am 30.10.2001 und zur Ratssitzung am 8.11.2001**

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin,

wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Hauptausschusssitzung am 30.10.2001 und der Ratssitzung am 8.11.2001 zu nehmen und beraten zu lassen:

Der Hauptausschuss und der Rat fordern die Stadtverwaltung auf:

1. eine kommunale Koordinierungsstelle für Mobilfunkanlagen einzurichten bzw. zu bestimmen. Diese Stelle soll sowohl als Informations- und Anlaufstelle für die Bürgerinnen und Bürger als auch für die Mobilfunkbetreiber dienen und Koordinierungsfunktion übernehmen.
2. aktiv Kontakt mit den Mobilfunkbetreibern aufzunehmen und auf eine frühzeitige Einbeziehung bei der Errichtung neuer Anlagen hinzuwirken. Die Verwaltung soll darauf hinwirken, dass von den Sendeanlagen insbesondere zur Wohnbebauung und zu Errichtungen mit gesundheitlich sensiblen Nutzergruppen (Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser etc. ) ein nach Vorsorgekriterien festgelegter Mindestabstand gewahrt wird.
3. eine Internet-Darstellung einzurichten, in der die bestehenden und geplanten Standorte von Mobilfunkanlagen mit entsprechenden Angaben zur Strahlungsintensität etc. verzeichnet sind.
4. sich besonders mit den Mobilfunkanlagenbetreibern, die über Sendeanlagen in der direkten Nähe von Altenheimen und Krankenhäusern verfügen, in Verbindung zu setzen.

In Bergisch Gladbach handelt es sich hierbei um folgende Standorte:

- 51429 Bergisch Gladbach- Moitzfeld, Fr.-Ebert- Str. 70 (Reha-Klinik), D1-BTSen
- 51429 Bergisch Gladbach-Bensberg, Gladbacher-Str. 8 (Dechant-Berger Haus), D1-BTSen, D2 BTSen, VI-BTSen
- 51465 Bergisch Gladbach, Dr. Robert- Koch- Str. 18 (Marienkrankenhaus), D1-BTSen, D2-BTSen
- 51469 Bergisch Gladbach- Hand, August-Kierspel-Str.96 (Seniorenzentrum), D2-BTSen, e-plus-BTSen



51429 Bergisch Gladbach- Lückerath, Saaler Str. 96 (Seniorenzentrum), D2-BTSen

51465 Bergisch Gladbach, Quirlsberg 3 (Seniorenzentrum), e-plus-BTSen

**Begründung:**

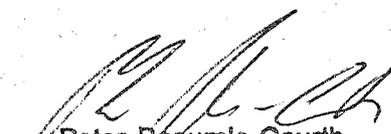
Viele Bürger und Bürgerinnen stehen dem Ausbau von Mobilfunkanlagen mit Skepsis und großer Sorge gegenüber, da die Risiken der elektromagnetischen Strahlung noch ungeklärt und etwaige Gesundheitsschäden nicht auszuschließen sind. Die Diskussion wird sich in nächster Zeit noch verschärfen, da aufgrund des Ausbaus des UMTS- Netzes zu den bisher etwa 34.000 Sendemasten bundesweit bis zu 60.000 neue hinzukommen könnten. Solange nicht die Unschädlichkeit erwiesen ist, muss das Prinzip der Vorsorge gelten. So sind beispielsweise für Kindergärten, Schulen, Krankenhäuser und reine Wohngebiete besondere Maßstäbe anzulegen.

Auch die Kommunen haben bereits heute Möglichkeiten, die Auswahl der Mobilfunkstandorte auf öffentlichen Gebäuden zu beeinflussen. Die Abstimmung mit den Betreibern und die Information der Öffentlichkeit sind wesentlich von der jeweiligen Initiative der kommunal Verantwortlichen abhängig. Daher sollte eine kommunale Koordinierungsstelle bestimmt werden, die sowohl als Ansprechpartner für BürgerInnen aber auch für die Mobilfunkbetreiber zur Verfügung steht. Die Vereinbarung der Mobilfunkbetreiber mit den kommunalen Spitzenverbänden gilt es so aktiv aufzugreifen.

Darüber hinaus halten wir es für eine Sorgfaltspflicht des Rates und der Stadtverwaltung, besonders dafür zu sorgen, dass die Sendemasten in Bergisch Gladbach, die sich in der direkten Umgebung von Krankenhäusern und Altenheimen befinden, einen anderen Standort bekommen.

Mit freundlichen Grüßen,

  
Magda Ryborsch  
Fraktionsvorsitzende

  
Peter Bäumle-Courth  
Sachkundiger Bürger

STADT- UND GEMEINDEBUND  
S. 82

# **Vereinbarung**

## **über den Informationsaustausch und die Beteiligung der Kommunen beim Ausbau der Mobilfunknetze**

zwischen

**Deutscher Städtetag  
Deutscher Landkreistag  
Deutscher Städte- und Gemeindebund**

- im folgenden „kommunale Spitzenverbände“ genannt –

und

**DeTeMobil Deutsche Telekom MobilNet GmbH  
E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG  
Group 3G  
Mannesmann Mobilfunk GmbH  
MobilCom Multimedia GmbH  
VIAG Interkom GmbH & Co**

- im folgenden „Mobilfunknetzbetreiber“ genannt –

## **Präambel**

Der Mobilfunk hat in den vergangenen Jahren in Deutschland ein rasantes Wachstum erfahren. Er hat sich zu einem der wichtigsten Teilbereiche der Informations- und Kommunikationstechnologien entwickelt.

Die kommunalen Spitzenverbände und die Mobilfunknetzbetreiber sind sich einig in der Auffassung, dass eine leistungsfähige Mobilfunk-Netzinfrastruktur ein wesentlicher Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung in den Städten, Kreisen und Gemeinden ist. Sie wollen gemeinsam dazu beitragen, einen gesundheitsverträglichen, wettbewerbsgerechten und raschen Ausbau der Mobilfunktechnik in Deutschland und insbesondere den Aufbau der UMTS Technik möglichst flächendeckend voranzutreiben.

Mobilfunknetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände halten es für erforderlich die Forschung auf dem Gebiet der elektromagnetischen Felder zu intensivieren, um die Grenzwerte fortlaufend zu prüfen und damit auch zukünftig den Gesundheitsschutz im Sinne der Vorsorge sicherzustellen.

Bei der zukünftigen Planung von Standorten für Mobilfunkanlagen werden von den kommunalen Spitzenverbänden und den Mobilfunknetzbetreibern einvernehmliche Lösungen angestrebt; dabei sind die kommunalen Belange ebenso zu berücksichtigen, wie den Belangen der Mobilfunknetzbetreiber Rechnung zu tragen ist.

Die Mobilfunknetzbetreiber und die kommunalen Spitzenverbände wollen der in Teilen der Bevölkerung entstandenen Besorgnis um mögliche Auswirkungen auf die Gesundheit sowie ortsbildgestaltende Belange Rechnung tragen. Durch eine umfassende Information der Kommunen und ihrer Bürgerinnen und Bürger sowie durch eine enge Kooperation und offene Kommunikation mit der jeweiligen kommunalen Gebietskörperschaft sollen die örtlichen Belange Berücksichtigung finden, um einen möglichst konfliktfreien Infrastrukturausbau zu ermöglichen.

Die Mobilfunknetzbetreiber und die kommunalen Spitzenverbände wollen mit dem Abschluß dieser Vereinbarung einen bundeseinheitlichen Rahmen schaffen, der eine Einbindung der Kommunen beim Aufbau der Netzinfrastruktur sicherstellt und damit zugleich eine Verbesserung der Akzeptanz durch die Kommunen und ihrer Bevölkerung erreicht.

Hierzu werden folgende Regelungen vereinbart:

### **1 Informationen über die bestehenden und zukünftigen Mobilfunknetze**

- 1.1 Mobilfunknetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände sehen die Bereitstellung der aktuellen Standortdaten über die ortsfesten Sendeanlagen im Bereich der jeweiligen Kommune unter Beachtung der rechtlichen Vorschriften als wichtige Information für die Kommunen an.

Da diese Daten vollständig und aktuell bei der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post (RegTP) vorhanden sind, setzen sich beide Seiten für eine Lösung in Zusammenarbeit mit der RegTP und unter Rückgriff auf die RegTP-Daten ein. Sollte dies nicht möglich sein, verpflichten sich die Mobilfunknetzbetreiber in Absprache mit den kommunalen Spitzenverbänden eine RegTP-unabhängige Lösung bereitzustellen.

- 1.2 Mobilfunknetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände stimmen darin überein, dass ein regelmäßiger Austausch über den Ausbau- und Planungsstand der Netzinfrastruktur auf regionaler Ebene als Maßnahme zur frühzeitigen Einbeziehung der Kommunen notwendig ist.

Jeder Mobilfunknetzbetreiber wird deshalb den Kommunen regelmäßige und am Informationsbedarf orientierte Gespräche zum aktuellen Ausbau- und Planungsstand anbieten.

In Absprache können diese Gespräche, z. B. auf regionaler Ebene in Abstimmung mit den betroffenen kommunalen Gebietskörperschaften erfolgen.

- 1.3 Mobilfunknetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände befürworten einen direkten und schnellen Informationsaustausch auf der Fachebene.

Jeder Mobilfunknetzbetreiber benennt hierfür gegenüber den Kommunen einen zuständigen Ansprechpartner, der für Fragen zur Mobilfunktechnik und für konkrete Fragen zu Standorten des Mobilfunknetzbetreibers im Bereich der Kommune zur Verfügung steht.

Ansprechpartner auf Seiten der Kommune ist der jeweilige Hauptverwaltungsbeamte, soweit nicht eine bestimmte Dienststelle benannt wird.

## **2 Vorgehensweise beim Bau neuer Sendeanlagen**

- 2.1 Die Mobilfunknetzbetreiber bieten den Kommunen an, sie über ihre Pläne für den Bau neuer Senderanlagen zu informieren. Der Zeitpunkt für diese Information ist so zu wählen, dass der Kommune ein angemessener Zeitraum zur Stellungnahme verbleibt und die endgültige Standortentscheidung noch offen ist.

- 2.2 Die Kommune kann ihrerseits Standortvorschläge für neue Sendeanlagen unterbreiten; die Mobilfunknetzbetreiber sagen zu, diese Vorschläge bzw. Hinweise der Kommune zu Standorten vorrangig und ergebnisoffen zu prüfen. Stellen die Betreiber die funktechnische Eignung und wirtschaftliche Realisierbarkeit dieser Standorte fest, sagen die Betreiber zu, diese vorrangig zu verwirklichen. Wenn die Standortvorstellungen der Kommune aus funktechnischen oder wirtschaftlichen Gründen nicht zu realisieren sind, ist das der Kommune zu begründen und bei Vorliegen entsprechender Möglichkeiten ein weiterer konkreter Einigungsversuch zu unternehmen. Beide Seiten gehen davon aus, daß das gesamte Abstimmungsverfahren für einen konkreten Standort innerhalb von 8 Wochen abgeschlossen wird.

- 2.3 Die Mobilfunknetzbetreiber und die kommunalen Spitzenverbände streben an, daß die Standortentscheidungen einvernehmlich erfolgen und daß auch bei umstrittenen Standorten die Belange und Interessen beider Seiten möglichst weitgehend berücksichtigt werden.

- 2.4 Die Mobilfunknetzbetreiber werden die Kommunen vor Inbetriebnahme über den bevorstehenden Sendebeginn informieren. Diese Information erfolgt zusätzlich zur Anzeigepflicht gegenüber der zuständigen Behörde gemäß 26. BImSchV.

- 2.5 Die Mobilfunknetzbetreiber streben aufgrund der großen Anzahl von Antennenstandorten - zur Wahrung städtebaulicher Belange - die möglichst optimale Nutzung von vorhandenen und zukünftigen Antennenstandorten an.

### 3 Allgemeine Maßnahmen

- 3.1 Die Mobilfunknetzbetreiber bieten an, in Zusammenarbeit mit den kommunalen Spitzenverbänden auf Länderebene übergreifende Informationsveranstaltungen zu Fragen des Mobilfunks in den einzelnen Bundesländern durchzuführen.
- 3.2 Die Mobilfunknetzbetreiber werden gemeinsam mit dem Informationszentrum Mobilfunk (IZM) geeignete Informationsmaterialien zu den Aspekten der mobilen Kommunikation zur Verfügung stellen. Dabei soll in Zusammenarbeit zwischen dem IZM und den kommunalen Spitzenverbänden Material entwickelt werden, das besonders auf den Informationsbedarf der Kommunen zugeschnitten ist.
- 3.3 Entsprechend ihrer Möglichkeiten nutzen die kommunalen Spitzenverbände ihre verbandsinternen Kommunikationsmöglichkeiten, um eine verbesserte Information der Kommunen über alle in Zusammenhang mit der Mobilfunkentwicklung relevanten Fragestellungen zu erreichen.
- 3.4 In Anbetracht der wirtschaftlichen Bedeutung der Mobilfunkinfrastruktur - auch für die Kommunen - erscheint die Bereitstellung kommunaler Liegenschaften zur Installation neuer Sendeanlagen folgerichtig. Die Spitzenverbände empfehlen daher die Bereitstellung kommunaler Liegenschaften auf Grundlage von mit ihnen abgestimmten Rahmenverträgen zu prüfen.

Die kommunalen Spitzenverbände und die Mobilfunknetzbetreiber schließen diese Vereinbarung in dem Bewußtsein, dass ein partnerschaftliches Zusammenwirken und eine Konfliktminimierung beim Ausbau der Mobilfunknetze für alle Beteiligten vorteilhaft ist. Mobilfunknetzbetreiber und kommunale Spitzenverbände sprechen sich dafür aus, dass zur Berücksichtigung der regionalen und jeweils landesspezifischen Gegebenheiten ggfs. ergänzende Vereinbarungen zum gemeinsamen Vorgehen auf Landesebene entwickelt werden.

Die Beteiligten gehen davon aus, daß Informations- und Beteiligungsmaßnahmen seitens der Betreiber ab dem 4. Quartal 2001 umgesetzt werden.

Für den Deutschen Städtetag:

Köln, den 05.07.2001

gez. Dr. Stephan Articus

Für den Deutschen Landkreistag:

Berlin, den 05.07.2001

gez. Dr. Hans-Henning Becker-Birck

Für den Deutschen Städte- und Gemeindebund:

Berlin, den 05.07.2001

gez. Dr. Gerd Landsberg

Für DeTeMobil Deutsche Telekom MobilNet GmbH:

Bonn, den 05.07.2001

gez. K. Hummel

Für E-Plus Mobilfunk GmbH & Co. KG:

Düsseldorf, den 05.07.2001

gez. U. Bergheim i.V. K. Menzel

Für Group 3G:

München, den 05.07.2001

gez. E. Folgmann

Für Mannesmann Mobilfunk GmbH:

Düsseldorf, den 05.07.2001

gez. H. Hoffmann

Für MobilCom Multimedia GmbH:

Büdelndorf, den 05.07.2001

gez. G. Schmid

Für VIAG Interkom GmbH & Co:

München, den 05.07.2001

gez. K.-W. Rohrsen ppa. W. Krüger

